

Mit Beginn der Corona-Pandemie wurde von allen Seiten, vor allem von Vertreter*innen der Regierungsparteien Solidarität in der Bevölkerung eingefordert. Tatsächlich sind auch einige Netzwerke, wie beispielsweise Nachbarschaftshilfen entstanden.

Es wurde gar von einer möglichen Veränderung der Gesellschaft geträumt

Doch abgesehen von einzelnen Netzwerken kann bei all dem was vor allem von Seiten der Regierungspolitik folgte von Solidarität keine Rede sein.

Stattdessen wurde eine Umverteilung von unten nach oben angestrengt und mit den Durchhalteparolen die Bevölkerung still gehalten.

Große Konzerne wie Daimler oder Lufthansa haben viel Geld bekommen, kostenlos. Sie konnten gar dank staatlicher Unterstützung Dividenden an ihre Aktionär*innen ausbezahlen.

Währenddessen gab es für Kleinbetriebe lediglich kleine Coronahilfen, die in vielen Fällen lange auf sich warten liesen; und als Alternative teure Kredite, die viele Unternehmen wahrscheinlich nicht zurück bezahlen können.

Arbeitnehmer*innen, vor allem die, auf deren Rücken die Folgen der Pandemie ausgetragen werden, allen voran Pfleger*innen haben nichts oder wenn dann lediglich einen Notgroschen bekommen.

Bezahlen müssen für die Aufwendungen, die in der Hauptsache an Großkonzerne gingen alle.

Eine kurzzeitig angestoßene Debatte um einmalige Abgabe von Reichen zur Finanzierung der Maßnahmen führte zu antikommunistischem Beißreflexen.

Ebenso wurden beispielsweise Eurobonds abgelehnt, auch hier wäre die Idee zu Grunde gelegen, dass die reicheren Staaten die ärmeren unterstützen.

Weiter hat die Situation von Flüchtlingen an den Außengrenzen Europas gezeigt, dass es sich bei der Rede von Solidarität um nichts weiteres als eine hohle Phrase handelt. Ohne Schutz sind diese noch immer in Lagern eingepfercht.

Einrichtungen für Obdachlose wurden vorübergehend geschlossen, teilweise eingeschränkt und dies, obwohl gerade diese in Krisenzeiten am meisten Unterstützung bedürfen. Die einzigen Geldeinnahmequellen sind durch die Einschränkungen des öffentlichen Lebens versiegt.

Von Solidarität und gegenseitiger Hilfe ist wenig zu sehen

Wenn von Solidarität geredet wird, wird meist von Wohlfahrt gesprochen.

Doch die Idee von Solidarität begründet sich lediglich im Akt selbstloser Hilfe und dem Zusammenschluss zur gegenseitigen Hilfe Es bedarf dabei keinerlei Gegenleistung.

Während der Wohlfahrt die Idee zu Grunde liegt, die schlimmsten Auswüchse des bestehenden Gesellschaftssystems abzumildern, stellt die Solidarität stets einen widerständigen Akt, mit dem Ziel das bestehende Gesellschaftsmodell zu ersetzen, dar. Ziel ist eine Neustrukturierung der Gesellschaft hin zu Gleichberechtigung und Emanzipation.

Diese Akte der Solidarität können zunächst sehr klein sein. Der Verleih eines Werkzeugs oder anderen Dingen an die Nachbarin beispielsweise. Für viele Menschen ist dies leider nicht alltäglich.

Diese Form der gegenseitigen Hilfe lässt sich jedoch durch Organisierung erweitern.
Zum Beispiel das Begleiten zum Amt, gewerkschaftliche Organisierung zur Durchsetzung der Interessen von Arbeitnehmer*innen, oder ähnliches.
Die Organisierung kann für politische, wirtschaftliche und soziale Auseinandersetzungen wichtig sein

Als Beispiele werden die Projekte food not bombs, Anarchist Black Cross (ABC), „Solidarity not Charity“, aber auch die Initiative Zwangsräumungen verhindern und Hausbesetzungen vorgestellt.

Auch in Karlsruhe gibt es einige Projekte der gegenseitigen Hilfe.

- * Umsonstladen und Umsonstflohmärkte
- * Essen für Alle
- * Foodsharing
- * Giveboxen
- * Herzprojekt

Gegenseitige Hilfe und Solidarität ist kein Marketing, kein Charity und soll wenn dann lediglich kritische Sozialarbeit sein.
Ihr Ziel ist Veränderungsprozesse innerhalb der Gesellschaft anzustoßen und zu gestalten.

Solidarität muss Alltagspraxis werden
Sie ist die Veränderung, die stets vorhanden bleiben muss.